



Presseschau vom 12.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Mariupol: Katastrophenschutz Russlands und der Volksrepublik Donezk durchsucht die Trümmer (Video)

Nachdem die ukrainischen Streitkräfte Mariupol verlassen haben, werden in der Hafenstadt Wiederaufbau-Arbeiten durchgeführt. RT DE Korrespondentin Margo Zwerewa berichtet über die Räumungsarbeiten vor Ort. ...

<https://kurz.rt.com/30mf> bzw. [hier](#)

Robert Bridge: NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands: Wie ganze Länder auf das Anti-Russland-Geschwätz hereinfallen

Indem Schweden und Finnland dazu übergehen, ihre Beziehungen zu Russland zu ruinieren, führen sie ihre Völker auf einen gefährlichen Weg. Die Neutralität beider Länder wurde aus keinem anderen objektiven Grund als der von den USA getriebenen Russophobie aufgegeben.

...

<https://kurz.rt.com/30l7> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Die deutsche Exportorientierung scheitert gerade

Über Jahrzehnte hat Deutschland exportiert wie ein Weltmeister. Die neueren wirtschaftlichen Daten lassen jedoch Böses ahnen – dieses Modell stößt nicht nur an seine Grenzen, es kann nicht mehr funktionieren. Die Politik hätte die Möglichkeit, den Schaden zu begrenzen, wird es aber nicht tun. ...

<https://kurz.rt.com/30gj> bzw. [hier](#)

Ian Miles Cheong: Wie Big Tech die technologische Gesellschaft mit Hilfe der Soziokultur regiert

Die Frühzeit des Internets war voller Optimismus hinsichtlich der Zukunft der technologischen Gesellschaft. Mittlerweile aber haben die soziokulturellen Liberalen des Silicon Valley die Online-Kultur gekapert und sich die Mittel für deren Verbreitung angeeignet. ...

<https://kurz.rt.com/30cp> bzw. [hier](#)

Anastasia Safronowa: MKUltra: Wie die CIA geheime LSD-Experimente an ahnungslosen Bürgern durchführte

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Forschung der US-Geheimdienste darüber, wie man Kontrolle über den Verstand einer Person erlangen kann, zu einer ihrer Hauptbeschäftigungen. Das jahrzehntelang durchgeführte Programm namens MKUltra führte diese "Untersuchungen" auch an ahnungslosen Bürgern aus. ...

<https://kurz.rt.com/30cz> bzw. [hier](#)

Alexander Karpow, Aljona Medwedewa: "In der Gunst Washingtons" – Wie die USA ihre militärische Erschließung Polens fortsetzen

Die USA errichten innerhalb der nächsten zehn Jahre mehr als 100 militärische Objekte für verschiedene Zwecke in Polen. Darüber informierte der US-Botschafter in dem osteuropäischen Land Mark Brzezinski anlässlich des Baubeginns eines Munitionslagers der USA in Powidz. ...

<https://kurz.rt.com/30cb> bzw. [hier](#)

Timofei Bordatschew: **Henry Kissinger versuchte den Westen zu warnen, dass im Konflikt mit Russland die Zeit davonläuft**

Sollte sich abzeichnen, dass sich die akute Phase des Konflikts in der Ukraine in die Länge zieht – was jetzt auch immer wahrscheinlicher zu werden scheint – wird der grundlegende Instinkt zur Selbsterhaltung Russland dazu zwingen, die Beziehungen zum kollektiven Westen abubrechen. ...

<https://kurz.rt.com/30co> bzw. [hier](#)

Wladislaw Schurygin: **Selenskijs Kriegsverlängerung kostet täglich hunderte Menschen das Leben**

Das ukrainische Kommando, dessen Streitkräfte sich im Donbass nun in einer sehr schwierigen Lage befinden, steht vor einem Dilemma: Rückzug oder Verteidigung bis zum Ende? ...

<https://kurz.rt.com/30oa> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:00 de.rt.com: **WHO kann angeblichen Cholera-Ausbruch in Mariupol nicht bestätigen**

Eine Sprecherin der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erklärte am Samstag, dass die Organisation bislang keine Meldung von Verdachtsfällen oder bestätigten Fällen von Cholera in der kürzlich von Russland eingenommenen Stadt Mariupol erhalten habe. Es bestehe aber aufgrund der schweren Kämpfe ein erhöhtes Risiko für einen Ausbruch der Krankheit.

Die WHO sei selbst nicht in Mariupol vertreten, aber in engem Kontakt mit Partnern vor Ort. Cholera ist eine lebensgefährliche Durchfallerkrankung, die meist durch das Trinken von etwa durch Fäkalien verschmutztes Wasser übertragen wird.

Das britische Verteidigungsministerium und der ehemalige Bürgermeister der Stadt, Wadim Boitschenko, der nach der Einnahme der Stadt geflüchtet war, hatten bereits behauptet, es gebe Cholerafälle in der Stadt.

22:20 (21:20) novorosinform.org: **Selenskij unterzeichnete Gesetz über die Entsendung der Territorialverteidigung an die Front**

Der Präsident der Ukraine hat ein Gesetz unterzeichnet, das dem Kommando der Streitkräfte der Ukraine das Recht gibt, Einheiten der ukrainischen Territorialverteidigung für die Durchführung von Kampfeinsätzen an der Front einzusetzen.

Das Dokument wurde vom Parlament angenommen und Anfang Mai vom Rada-Sprecher Stefantschuk unterzeichnet, von Selenskij aber erst am 10. Juni unterzeichnet.

Das ukrainische Portal "Strana" stellt fest, dass die Verteidigungskräfte tatsächlich seit langem in Kampfgebieten eingesetzt werden - Dutzende von Videos wurden im Internet die die Empörung der an die Front geschickten Verteidigungskräfte dokumentieren. Jetzt hat das Kommando der Streitkräfte der Ukraine das offizielle Recht erhalten, die Territorialverteidigung an der Front einzusetzen.

Vor der Unterzeichnung des Gesetzes durch den Präsidenten hatten die Angehörige der Territorialverteidigung das Recht, den Einsatz an der Front zu verweigern. Jetzt werden sie als Deserteure betrachtet.



https://novorosinform.org/content/images/65/05/46505_720x405.jpg

21:22 de.rt.com: **"Kriegshetzer": Ungarischer Ministerpräsident Orbán gibt dem Finanzier Soros Schuld an Ukraine-Krise**

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán erklärt, bestimmte Finanzkreise hätten ein Interesse daran, den Krieg in der Ukraine zu verlängern. Der Milliardär George Soros sei einer der Nutznießer des Ukraine-Konflikts, betont er.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat den Milliardär und Finanzier George Soros zu den "Kriegshetzern" in der Ukraine gezählt. Der in Budapest geborene Oligarch verkörpere gewisse Geschäftskreise, die an einer Verlängerung des Konflikts in der Ukraine interessiert seien – wie der Premierminister des Landes in einem Interview mit dem Radiosender Kossuth am 10. Juni meinte.

Er sagte unter anderem:

"Es ist jetzt ganz offensichtlich, dass es Geschäftskreise gibt, die an diesem Krieg interessiert sind. George Soros verkörpert sie. Er spricht ganz offen über die Notwendigkeit, den Krieg zu verlängern. Das sind Kriegshetzer, die damit Geld verdienen wollen."

Solche "Kriegshetzer" sollten zur Verantwortung gezogen werden, fügte der Ministerpräsident hinzu.

Dabei könne, wie er meinte, nur der Frieden die Inflation eindämmen und die Wirtschaft vor weiteren Erschütterungen bewahren. "Wir müssen den Frieden finanzieren, nicht den Krieg", betonte ebenfalls Orbán.

Laut dem Ministerpräsidenten ist Ungarn jetzt praktisch das einzige Land, das Frieden in der Ukraine-Konflikt wolle und sich im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern geweigert habe, Waffen in das Kriegsgebiet zu liefern.

Letzten Monat hatte der ungarischstämmige Oligarch George Soros auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos gesagt, die russische Militäroffensive in der Ukraine "könnte der Beginn des Dritten Weltkriegs sein, und unsere Zivilisation wird ihn vielleicht nicht überleben". Er behauptete auch, dass "der beste und vielleicht einzige Weg, unsere Zivilisation zu bewahren, darin besteht, Putin so bald wie möglich zu besiegen."

Orbán ist seit Langem einer der schärfsten Kritiker von Soros. Im Jahr 2020 hatte der ungarische Premierminister den Milliardär als "den korruptesten Mann der Welt" bezeichnet, der angeblich "eine lange Liste von Politikern, Journalisten, Richtern, Bürokraten und politischen Agitatoren, die sich als Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen ausgeben", auf seiner Gehaltsliste habe.

Im Jahr 2017 hatten Orbán und Soros feindselige Äußerungen ausgetauscht. Orbán hatte Soros beschuldigt, Ungarn zerstören zu wollen. Er hatte ihm damals vorgeworfen, sich in die

Parlamentswahlen einzumischen, und betont, dass "die Existenz Ungarns auf dem Spiel" stehe. Soros hatte im Gegenzug behauptet, dass Orbáns Regierung "die Menschen mehr unterdrückt, als man dies während der sowjetischen Besatzung getan hatte".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a4b356b480cc707c50b344.jpg>

Der ungarisch-amerikanische Investor und Philanthrop George Soros am 15. Februar 2020 auf der Münchner Sicherheitskonferenz

22:50 de.rt.com: **Washington Post: Westen hat Glauben an Sieg der Ukraine verloren**

Der Westen glaubt nicht mehr, dass Kiew in der Konfrontation mit Moskau gewinnen wird, so die US-Zeitung The Washington Post.

"Die Ukraine hat fast keine Munition mehr für die Waffen aus der Sowjetzeit, die die Grundlage des Arsenal der ukrainischen Armee bilden. Diese Systeme sind in osteuropäischen Ländern im Einsatz, aber diese haben bereits keine Überschüsse mehr, die noch (an die Ukraine) gespendet werden könnten."

Die westliche Hilfe komme nicht in ausreichendem Maße an, so die Zeitung. Nach Angaben der Washington Post glaube der Westen aufgrund der überlegenen Feuerkraft Russlands nicht mehr an den Erfolg der ukrainischen Kämpfer.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a4bdf2b480cc707c50b34a.jpg>

Proukrainische Demonstration in München

23:02 de.rt.com: **"Schon heute stärker als G7": Wolodin schlägt Bildung einer alternativen G8 vor**

Der Vorsitzende der russischen Duma Wjatscheslaw Wolodin hat am Samstag die Gründung einer neuen G8 vorgeschlagen, um die wirtschaftliche Dominanz der USA und der anderen sechs großen Wirtschaftsmächte des Westens zu beenden.

Der russische Parlamentspräsident Wjatscheslaw Wolodin hat die Bildung einer neuen Organisation der wirtschaftlich stärksten Staaten der Welt in Alternative zu der G7-Organisation vorgeschlagen. Die neue Achtergruppe sollen Brasilien, China, Indien, Indonesien, Iran, Mexiko, Russland und die Türkei bilden.

Die USA und die anderen G7-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Kanada) hätten durch ihre Sanktionspolitik selbst die Voraussetzungen für das nähere Zusammenrücken der anderen großen Wirtschaftsmächte geschaffen:

"Die USA haben mit ihren eigenen Händen die Bedingungen für Länder geschaffen, die einen gleichberechtigten Dialog und für beide Seiten vorteilhafte Beziehungen aufbauen wollen, um eine 'neue G8' mit Russland zu bilden", [schrieb](#) Wolodin in seinem Telegram-Kanal.

Zusammen sind die acht aufgezählten alternativen Mächte schon jetzt stärker als die "alte G7". In Kaufkraftparität gerechnet überstiege das gemeinsame Bruttoinlandsprodukt der asiatischen und lateinamerikanischen Mächte schon jetzt um fast ein Viertel das gemeinsame BIP der G7-Staaten.

ВВП по паритету покупательной способности*	
«Новая большая восьмерка»	
Страна (место в 2021 г.)	ВВП по ППС, млрд долл.
Китай (1)	27 206,3
Индия (3)	10 218,6
Россия (6)	4 490,5
Индонезия (7)	3 566,3
Бразилия (8)	3 435,9
Турция (11)	2 943,1
Мексика (13)	2 666,6
Иран (20)	1 436,9
Всего	55 964,2
«Старая восьмерка»	
Страна (место в 2021 г.)	ВВП по ППС, млрд долл.
США (2)	22 997,5
Япония (4)	5 615,0
Германия (5)	4 856,8
Россия (6) (покинула G8 в 2014 году)	
Британия (9)	3 402,8
Франция (10)	3 361,6
Италия (12)	2 734,4
Канада (15)	2 025,4
Всего	44 993,5
* По данным МВФ	
@vv_volodin	

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/ohQuZbm9R7raeWq1-iC9UO4_tIqCMtUx7oJzr3-KHVOQcEXV53DrkOZJII24J-wVGAGLDcelfAoXdNZxW8QQ5REZ79-1QEdah1lMuZf6EXRRW5lo112NftGPC-tgDYKLAi_WwcB4DZWzLxT9_cBia_xbQOYduVSbxCPPb4OzAOhRjHk6XDoSNQ228dMJOIRaPdVezfUzfq0UDDci3PklZ1WwFRb1yDVyrE9zSKRdlmRcqhkznfa4Z8MJIEoDkWc

[Mg8GUaXxY3UHivJ5t7aAkX8_Ox5BGRiHGY1LOJya0HxYrP6VYWJo6B_1pQ2tYdsePxwIO2_v7nOtFTQer95nXw.jpg](https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a49bc548fbef4ce102fb53.jpg)

Die USA sorgen weiterhin für Spannungen in der Welt, weil sie wirtschaftlich "durchhängen", schrieb der Politiker. Ihm zufolge tun die USA alles, um ihre Probleme auf Kosten anderer zu lösen, "und das wird unweigerlich zum Verlust der Hegemonie auf der Welt führen".

Vier der acht von Wolodin vorgeschlagenen Mitglieder der "alternativen G8" arbeiten bereits im Rahmen der BRICS zusammen. Würde man die BRICS um die vier weiteren vom Duma-Vorsitzenden vorgeschlagenen Länder erweitern, ergäbe sich allerdings eine "G9" mit neun Mitgliedern. Über solche Details wird es in der Zukunft noch Diskussionen geben, der erste Vorschlag zur Bildung einer Alternative zu dem sich heute als "Weltregierung" gebärdenden "Club" der sieben westlichen Staaten liegt nun auf dem Tisch.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a49bc548fbef4ce102fb53.jpg>

vormittags:

7:37 de.rt.com: **Kadyrow: Befreiung der Industriezone Azot läuft erfolgreich**

Der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow hat am Samstag Erfolge bei der Befreiung der Industriezone des Azot-Werks in Sewerodonezk von ukrainischen Truppen verkündet. In einer Videobotschaft, die er auf seinem Telegramm-Kanal veröffentlichte, erklärte er:

"Ich möchte die Patrioten Russlands und der Ukraine erfreuen, und ich möchte auch euch falsche Patrioten verärgern. Heute wurden in der Industriezone von Sewerodonezk viele Shaitans zerstört."

Die Siedlung Metelkino wurde Kadyrow zufolge zur Hälfte von den russischen Streitkräften eingenommen. Kadyrow kommentierte das folgendermaßen:

"Gute Ergebnisse."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a57428b480cc5df759fa54.jpg>

8:05 de.rt.com: **Russland setzt Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs nicht mehr um**

Russland hat sich für nicht mehr an die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gebunden erklärt. Ein entsprechendes Gesetz unterzeichnete Präsident Wladimir Putin am Samstag, wie die Nachrichtenagentur TASS meldete. Demnach würden Urteile, die nach dem 15. März ergangen sind, nicht mehr umgesetzt.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit Sitz im französischen Straßburg gehört zum Europarat. Gemeinsam setzen sich die von der Europäischen Union unabhängigen Organe für den Schutz der Menschenrechte in den 47 Mitgliedsstaaten ein. Russland und die Ukraine waren ursprünglich beide Mitglied des Europarats. Das Gremium hatte Russlands Mitgliedschaft am 25. Februar infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine zunächst suspendiert. Nachdem Russland am 15. März seinen Austritt erklärt hatte, wurde es endgültig aus dem Europarat ausgeschlossen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a574e948fbef45211448b2.jpg>

9:28 (8:28) novorosinform.org: **Zivilisten haben begonnen „Asot“ zu verlassen – Miroschnik**

Zivilisten verlassen das von den Alliierten blockierte Territorium des Asot-Werks in

Sewerodonezk, berichtete der LVR-Botschafter in Russland, Rodion Mirochnik, in seinem Telegram-Kanal.

Er ergänzte, dass Zivilisten das Unternehmen durch einen zweiten Eingang verließen, der nicht von den Nationalisten kontrolliert werde. Soldaten der Alliierten brächten Menschen an einen sicheren Ort.

Derzeit hielten die Überreste ukrainischer Formationen immer noch mehrere Gebäude in der Nähe des ersten Eingangstors. Die Kämpfer könnten mehrere hundert Zivilisten als Geiseln genommen haben, fügte Mirochnik hinzu.

Jetzt bereiteten die Alliierten Transporte für die Evakuierung der Zivilbevölkerung vor. Sie könne die Unterstände verlassen, wenn sich der Ring um die ukrainischen Kämpfer verengt.

Zuvor sagte Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des Nationalen Verteidigungskontrollzentrums Russlands, dass Militante Zivilisten in den unterirdischen Einrichtungen des Unternehmens neben verminten Containern mit gefährlichen Chemikalien blockierten. Die Nationalisten könnten sie während ihres Rückzugs in die Luft sprengen, fügte er hinzu.



https://novorosinform.org/content/images/65/10/46510_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 12.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

25 Mann;

4 Schützenpanzerwagen;

6 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keinen Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 9 Geschosse mit Mörsern des Kalibers 120mm und Panzern auf Perwomajsk und Rubeshnoje abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner weiter die Zivilbevölkerung der Republik beschossen. So haben ukrainische Nationalisten **Stachanow** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ beschossen und **7 Geschosse** abgefeuert.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, hat die Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermitteln und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen

humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien.

So haben gestern Einheiten der Volksmiliz humanitäre Güter vom Gouverneur der Oblast Rostow an bedürftige Einwohner von Perwomajsk geliefert.

9:35 de.rt.com: **US-Präsident Biden bezeichnet steigende Benzinpreise als "Nebenprodukt" der Hilfe für Ukraine**

US-Präsident Joe Biden hat steigende Benzinpreise sowie die Inflation in den USA und Europa als "Nebenprodukt" der westlichen Hilfe für die Ukraine bezeichnet. Am Samstag sagte der Politiker bei einem Empfang des Demokratischen Nationalen Komitees (DNS) in Beverly Hills im US-Bundesstaat Kalifornien:

"Der Punkt, auf den ich aufmerksam mache, ist folgender: Das ist in der Tat eine Konsequenz und ein Nebenprodukt. Ich habe schon damals gesagt, als wir beschlossen haben, der Ukraine zu helfen, dass es auch uns etwas kosten wird, dass die westlichen Länder und die NATO dafür auch einen Preis zahlen werden."

Der US-Präsident betonte zugleich, seine Regierung gehe gegen steigende Preise zwar aktiv vor. Trotzdem werde das Volk eine Zeit lang mit der Inflation leben müssen. Biden betonte dabei, dass die USA jetzt die am schnellsten wachsende Wirtschaft in der Welt seien. Nach einem Beifall erklärte der 79-Jährige dann noch, dies sei kein Witz. Zuvor hatte Biden zunächst den russischen Präsidenten Wladimir Putin persönlich für steigende Preise für Treibstoff und Nahrungsmittel verantwortlich gemacht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a58a4db480cc6e0557de77.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 12.6.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 370 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Artilleriesystemen des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm, Mehrfachraketenwerfern „Grad“ sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Dabei wurden **6 Zivilisten verletzt**. 36 Wohnhäuser, 3 Fahrzeuge und 10 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über Verletzte friedliche Einwohner und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden 3 T-60-Panzer, 2 Artilleriegeschütze 2S3 „Akazija“, 4 Lastwagen, 70 Mann und ein Leitungspunkt für Drohnen

vernichtet, 6 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Awdejewka und Peski wurden unterdrückt.

10:04 de.rt.com: **USA wollen Israel und arabischen Staaten bei Verstärkung der Luftverteidigung gegen Iran helfen**

Mit der möglichen Verabschiedung eines neuen Gesetzesentwurfs im US-Kongress würde das Pentagon die Luftverteidigung Israels und mehrerer arabischer Staaten in ein gemeinsames Abwehrsystem integrieren, um "Bedrohungen" vonseiten Irans abzuwenden.

Gemäß einem am Donnerstag in den US-Kongress eingebrachten Gesetzesentwurf würde das Pentagon die Luftverteidigungen Israels und mehrerer arabischer Staaten in ein gemeinsames Abwehrsystem integrieren, um "Bedrohungen" vonseiten Irans abzuwenden.

Der Gesetzesentwurf ist der jüngste Versuch der USA, die Verteidigungskooperation zwischen Israel und den arabischen Staaten zu stärken, nachdem Tel Aviv seine Beziehungen zu mehreren arabischen Staaten normalisiert hatte. Der Vorschlag zielt darauf ab, die US-Verbündeten in der Region zu einem koordinierteren Vorgehen anzuregen, [berichtet](#) das Wall Street Journal.

Der US-Kongress würde damit das US-Verteidigungsministerium ermächtigen, mit Israel, Ägypten, Jordanien, dem Irak und dem gesamten Golfkooperationsrat – bestehend aus Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Katar, Oman und Kuwait – zusammenzuarbeiten, um eine integrierte Luft- und Raketenabwehrarchitektur zur "Abwehr iranischer Bedrohungen" in der Region zu entwickeln.

Ägypten und Jordanien schlossen vor Jahrzehnten Friedensvereinbarungen mit Israel, während Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate im Rahmen des sogenannten Abraham-Abkommens im Jahr 2020 durch US-Vermittlung diplomatische Beziehungen zu Tel Aviv aufgenommen haben. Unklar bleibt allerdings, wie die USA Länder wie der Irak, Oman oder Katar einbinden wollen, die Israel bislang nicht anerkennen.

Der überparteiliche Gesetzesentwurf wurde im Senat von den Demokraten Jacky Rosen und Cory Booker sowie den Republikanern Joni Ernst und James Lankford eingebracht. Im Repräsentantenhaus wird er von den Demokraten Brad Schneider, David Trone und Jimmy Panetta sowie den Republikanern Cathy McMorris Rodgers, Ann Wagner und Don Bacon unterstützt. Alle Unterstützer sind Mitglieder des "Abraham Accords Congressional Caucus", der Anfang dieses Jahres gegründet wurde.

Nach dem neuen Entwurf muss das Verteidigungsministerium dem Kongress einen Bericht über die Machbarkeit der Errichtung eines solchen Luftverteidigungssystems zur Bekämpfung der iranischen Programme für ballistische Flugkörper, Drohnen und Raketen innerhalb von 180 Tagen nach seiner möglichen Verabschiedung vorlegen.

Die zehn im Gesetzesentwurf aufgeführten arabischen Länder sind Partner oder Verbündete Washingtons. Während die USA zu weiten Teilen die Streitkräfte der genannten arabischen Staaten mit erheblichen Luftverteidigungsfähigkeiten ausstatten und bei deren Betrieb helfen, gibt es bei der Luftverteidigung unter den arabischen Staaten kein koordiniertes Vorgehen. Eine engere Zusammenarbeit, sagen Sicherheitsexperten, würde ein effektiveres Frühwarnsystem für die beteiligten Nationen ermöglichen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a488adb480cc11f3760470.jpg>

Die US-amerikanische Politikerin Joni Kay Ernst ist seit Januar 2015 US-Senatorin für den Bundesstaat Iowa.

10:08 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet 43 Angriffe aus Ukraine und acht Verletzte binnen 24 Stunden**

Die Behörden in Donezk haben in den vergangenen 24 Stunden 43 Angriffe der ukrainischen Armee registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 326 Geschosse abgefeuert. Dadurch kamen acht Zivilisten zu Schaden. Durch die ukrainischen Angriffe wurden 33 Häuser und zehn zivile Infrastruktur-Objekte in zwei Bezirken von Donezk, Gorlowka, Makejewka und Wassiljewka beschädigt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a58f4fb480cc0c4e65f1b3.jpg>

Ein Kiosk in Donezk nach Beschuss durch die ukrainische Armee, 8. Juni 2022

10:30 de.rt.com: **"Lecker und Punkt" statt "McDonald's": Schnellrestaurants öffnen wieder**

Nachdem sich der Fast-Food-Riese McDonald's als Reaktion auf den Ukraine-Krieg aus Russland zurückgezogen hatte, öffnen erste Restaurants wieder – nach drei Monaten Stillstand unter ihrem neuen russischen Besitzer. Die Kette ist auf "Lecker und Punkt" umbenannt worden und hat auch ein neues Logo, das aus einem roten Kreis und zwei gelben Schrägstrichen besteht, die laut Medienberichten einen Burger Patty und zwei Fritten darstellen sollen.

Am "Tag Russlands", der jedes Jahr am 12. Juni gefeiert wird, werden Kunden zunächst nur in 15 Restaurants in Moskau und im Gebiet Moskau bedient. Am Montag sollen weitere 50

Filialen öffnen und bis Ende Juni dann etwa 200 Schnellrestaurants der Kette. Der Generaldirektor Oleg Parojew hat bei der feierlichen Wiedereröffnung des ältesten ehemaligen McDonald's-Restaurants auf dem Puschkin-Platz im Zentrum der russischen Hauptstadt angekündigt, auch nach Ende Juni wöchentlich noch 50 bis 100 Restaurants zu öffnen.

Der Besitzer der russischen Kette "Lecker und Punkt" heißt Alexander Gowor und hatte bis zuletzt 25 McDonald's-Filialen in Sibirien betrieben. Laut dem Kaufvertrag darf McDonald's innerhalb einer Frist von 15 Jahren das Geschäft zurückkaufen. Der Käufer soll im Gegenzug das Personal weiterbeschäftigen und die Arbeitsbedingungen mindestens zwei Jahre lang aufrechterhalten.

Fast alle Gerichte sollen identisch schmecken, da McDonald's in Russland ohnehin seine Zulieferungen von russischen Landwirten bezogen hat. Nur ihre Namen klingen jetzt anders. Übrigens werden einige wenige McDonald's-Restaurants an Bahnhöfen und Flughäfen wegen besonderer Franchise-Verträge dennoch unter dem alten US-Logo weitergeführt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a59f81b480cc66e376d94d.jpg>

11:05 de.rt.com: Rheinmetall könnte bereits jetzt erste Marder-Schützenpanzer liefern

Der Rüstungskonzern Rheinmetall könnte nach eigenen Angaben mehrere früher von der Bundeswehr ausgemusterte, aber aktuell modernisierte Schützenpanzer vom Typ Marder ausliefern. Der Vorstandsvorsitzende Armin Papperger hat der Bild am Sonntag gesagt: "Wir sind dabei, 100 Marder Schützenpanzer instand zu setzen, erste Fahrzeuge sind bereits so weit. Wann und wohin die Marder geliefert werden, ist die Entscheidung der Bundesregierung."

Auch 88 Panzer vom Typ Leopard 1 und weitere Leopard 2 stehen seinen Angaben zufolge bei Rheinmetall zur Modernisierung im Depot.

Die FDP drängt inzwischen in der Regierungskoalition auf eine schnelle Lieferung deutscher Schützenpanzer an die Ukraine. Die Marder seien keine Kampfpanzer, so glaubt deren stellvertretender Bundestagsfraktionschef Alexander Graf Lambsdorff.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a5975248fbef4ce102fb90.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 12. Juni 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF **237 Ortschaften, einschließlich Bogoroditschnoje und Prischib**, befreit und die vollständige Kontrolle über die hergestellt. Der Vormarsch in Richtung Slawjansk läuft.

11:30 de.rt.com: **Russland meldet Zerstörung eines Lagers mit westlichen Waffen**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalleutnant Igor Konaschenkow hat in seinem Briefing am Sonntagvormittag über die Zerstörung eines größeren Lagers mit Anti-Panzer-Raketen, tragbaren Luftabwehrsystemen und Artilleriegeschossen aus den USA und europäischen Ländern berichtet. Das Arsenal habe sich in der Nähe der Ortschaft Tschorkow im ukrainischen Gebiet Ternopol befunden und sei mit hochpräzisen Langstreckenseeraketen vom Typ Kalibr getroffen worden. Mit weiteren Hochpräzisionsschlägen habe die russische Luftwaffe zwei Kommandopunkte, 15 Ansammlungen von Technik und Personal der ukrainischen Streitkräfte sowie eine Startrampe des Flugabwehrraketengesystems vom Typ Buk-M1, zwei Radaranlagen und zwei Mehrfachraketenwerfer-Batterien zerstört.

Konaschenkow zufolge seien bei weiteren Attacken der russischen Luftwaffe mehr als 150 ukrainische Nationalisten getötet worden. Sechs Panzer, fünf Geschütze und zehn Militärfahrzeuge der ukrainischen Armee seien außer Gefecht gesetzt worden. Russische Piloten hätten in den Bezirken Raigorodok und Tscherkasskoje in der Volksrepublik Donezk zwei ukrainische Su-25-Kampfflugzeuge abgeschossen.

Die russische Flugabwehr habe in der Nähe der Ortschaft Dolgenkoje im Gebiet Charkow ein weiteres ukrainisches Su-25-Kampfflugzeug abgeschossen. Außerdem habe die Ukraine acht weitere Drohnen verloren, darunter eine vom Typ Bayraktar TB2. Im Gebiet Cherson seien zwei ukrainische ballistische Raketen des Typs Totschka-U abgefangen worden, fügte Konaschenkow hinzu.

Der Behördensprecher erklärte ferner, dass durch russische Artillerieangriffe mehrere Ansammlungen von Technik und Personal, Kommandopunkte und Feuerstellungen der ukrainischen Armee getroffen worden seien. Dabei seien mehr als 320 ukrainische Soldaten getötet worden.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums habe die Ukraine seit dem Beginn

der Sonderoperation am 24. Februar 2022 insgesamt 201 Flugzeuge, 130 Hubschrauber, 1.188 Drohnen, 338 Flugabwehrraketenkomplexe, 3.514 Panzer und andere Panzerfahrzeuge, 508 Mehrfachraketenwerfer sowie 1.870 Artilleriegeschütze und Mörser verloren.

12:26 (11:26) novorosinform.org: **Die Ukraine wird keine Panzer mehr von der NATO erhalten – Medien**

Panzer der Nordatlantischen Allianz werden nicht mehr nach Kiew geliefert, schreibt "Der Spiegel".

Die NATO-Staaten hätten sich informell darauf geeinigt, keine Panzer mehr in die Ukraine zu schicken, berichtet die Zeitung. Es wird darauf hingewiesen, dass Kiew das letzte Mal 200 Panzer aus Polen erhalten hat. Andere Bündnisländer lieferten bisher keine Kampffahrzeuge an die ukrainische Seite, obwohl einige von ihnen beabsichtigten, sowjetische Panzer zu liefern.

Der Grund für die Entscheidung, die Lieferungen einzustellen, sei noch nicht bekannt. Es wird angenommen, dass dies auf den Mangel an Titanimporten aus Russland zurückzuführen ist, der es den westlichen Ländern nicht erlaubt, ihre eigenen modernen Panzer mit Verbundpanzer-elementen herzustellen.



https://novorosinform.org/content/images/65/21/46521_720x405.jpg

nachmittags:

12:04 de.rt.com: **EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen bezeichnet Beschluss zu Ukraine-Zukunft in der EU als "historisch"**

Die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen hat mit Blick auf den bevorstehenden Beschluss über die Zukunft der Ukraine in der EU von historischen Entscheidungen gesprochen. Die EU-Spitzenpolitikerin sagte auf der Rückreise von einem Besuch in der ukrainischen Hauptstadt Kiew vor Journalisten:

"Ich hoffe, dass wir in 20 Jahren, wenn wir zurückblicken, sagen können, dass wir das Richtige getan haben."

Die Herausforderung werde sein, aus dem EU-Gipfel am 23. und 24. Juni mit einer einheitlichen Position hervorzugehen. Die Ukraine habe in den vergangenen Jahren viel erreicht, [sagte](#) von der Leyen auf ihrem Rückweg über Polen. Jedoch bleibe noch viel zu tun. Sie bekräftigte, dass der Weg in die EU bekannt und leistungsabhängig sei.



<https://pbs.twimg.com/media/FU-Qz06WAAAQY2?format=jpg&name=900x900>

12:35 de.rt.com: **Chef der Volksrepublik Donezk: Kein Grund für Begnadigung dreier zum Tode verurteilter Ausländer**

Der Chef der Volksrepublik Donezk Denis Puschilin hat am Sonntag vor Journalisten erklärt, er sehe keinen Grund, um die unlängst zum Tode verurteilten ausländischen Söldner zu begnadigen. Von den russischen Medien wird Puschilin mit den Worten zitiert:

"In erster Linie muss ich mich von dem Gerichtsurteil leiten lassen, das gefallen ist. Nach dem Charakter der Verbrechen, die sie begangen haben, sehe ich keinen Grund und keine Voraussetzungen dafür, dass ich die Entscheidung für eine Begnadigung treffen kann."

Am Donnerstag hatte das Oberste Gericht in Donezk die Briten Shaun Pinner und Aiden Aslin sowie den Marokkaner Brahim Saadoun wegen der Teilnahme an dem Krieg gegen den Donbass auf der Seite der Ukraine zum Tode verurteilt. Nach der Verkündung des Urteils teilte der Vorsitzende des Gerichtskollegiums mit, die Verurteilten hätten 30 Tage Zeit, um gegen das Urteil Berufung einzulegen. Sie könnten zudem ein Gnadengesuch stellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a5bb7f48fbef3abf0f1190.jpg>

13:03 de.rt.com: **Chef der Volksrepublik Donezk dementiert Berichte über Cholera in Mariupol**

Der Chef der Volksrepublik Donezk Denis Puschilin hat Berichte über einen Cholera-Ausbruch in der schwer zerstörten Hafenstadt Mariupol dementiert. Die Situation dort sei unter Kontrolle, erklärte Puschilin am Sonntag vor Journalisten.

"Ich würde dies als Panikmache durch ukrainische Quellen bezeichnen."

Dem Politiker zufolge seien die Leichen der Menschen, die während der Kriegshandlungen ums Leben gekommen seien, nach einem forensischen Gutachten den Regeln gemäß bestattet worden.

"Es gibt nicht so viele Leichen, die sich noch unter den Trümmern befinden, als dass man von einer Epidemie sprechen könnte."

Das britische Verteidigungsministerium und der vom russischen Militär aus Mariupol vertriebene Bürgermeister Wadim Boitschenko hatten zuvor von einzelnen Cholerafällen in der Stadt gesprochen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) räumte zwar ein hohes Risiko für einen Cholera-Ausbruch in der Stadt ein, konnte Informationen darüber selbst allerdings nicht bestätigen. Die WHO sei nicht in Mariupol vertreten, habe aber engen Kontakt mit Partnern vor Ort. Bislang habe man keine Meldung erhalten, weder von Verdachtsfällen noch von bestätigten Fällen.

Cholera ist eine lebensgefährliche Durchfallerkrankung, die meist durch das Trinken von verschmutztem Wasser verbreitet wird.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a5c2dc48fbef45211448de.jpg>

13:07 de.rt.com: **US-Verteidigungsministerium bestätigt Unterstützung für "46 friedliche ukrainische Laboratorien"**

In einer Veröffentlichung vom Pentagon gibt das US-Verteidigungsministerium nun bekannt, dass die USA in den letzten zwanzig Jahren 46 Biolaboratorien in der Ukraine betrieben haben, die jedoch alle einzig "friedlichen Bemühungen" dienen, so auch zur "Verbesserung der nuklearen wie chemischen Sicherheit" und zur Vorbereitung auf mögliche Pandemien.

Am 9. Juni [veröffentlichte](#) das Pentagon auf der Webseite des US-Verteidigungsministeriums (US Department of Defense) eine Mitteilung mit dem Titel "Informationsblatt über die Bemühungen zur Reduzierung der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen mit der Ukraine, Russland und anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion". In dem Dokument hat das US-Verteidigungsministerium nun erstmals die genaue Zahl dieser von der US-Regierung geförderten "speziellen Einrichtungen" in der Ukraine offengelegt. Im Rahmen mehrerer Unterkapitel erfolgt zu Beginn eine Zusammenfassung zurückliegender historischer Darlegungen unter der Überschrift:

"Geschichte und Erfolge der Zusammenarbeit der USA mit der internationalen Gemeinschaft zur Verringerung nuklearer, chemischer und biologischer Bedrohungen in der Ukraine, Russland und anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion."

Nach dem "Zusammenbruch der Sowjetunion" hätten die Vereinigten Staaten laut der persönlichen Einschätzung "zusammen mit ihren Verbündeten, Partnern und internationalen Organisationen" durch ihre Bemühungen wesentlich dazu beigetragen, "den globalen Frieden

und die Sicherheit zu fördern", und hätten dadurch

"... den globalen Konsens unterstützt, dass die Welt sicherer ist, wenn wir zusammenarbeiten, um die Transparenz zu erhöhen und die Risiken von Massenvernichtungswaffenprogrammen zu verringern."

Unter dem Unterkapitel mit dem Titel "Ukraine hat kein Programm für biologische Waffen" werden in der Veröffentlichung genauere Details zu den bis dato vermuteten Zahlen von US-unterstützten Bio-Laboratorien auf dem Gebiet der Ukraine in den zurückliegenden zwanzig Jahren benannt. Dazu heißt es wörtlich:

"Die Vereinigten Staaten haben auch mit der Ukraine zusammengearbeitet, um die biologische Sicherheit und die Krankheitsüberwachung für die Gesundheit von Mensch und Tier zu verbessern, indem sie in den letzten zwei Jahrzehnten 46 friedliche ukrainische Labors, Gesundheitseinrichtungen und Diagnosestellen für Krankheiten unterstützt haben.

...

Die Kooperationsprogramme konzentrierten sich auf die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit und der landwirtschaftlichen Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen."

Die USA seien "stolz darauf", die Ukraine als "Eigentümerin und Betreiberin ihrer öffentlichen Gesundheitslaboratorien und der dazugehörigen Infrastruktur" dabei aktiv in ihrer Arbeit "zu unterstützen". Das Pentagon betont in der Veröffentlichung, dass die Arbeit dieser Biolabore in Zusammenarbeit mit Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) "und anderen UN-Sonderorganisationen" durchgeführt wurden. Diese Aktivitäten wären "mit den internationalen bewährten Praktiken und Normen bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, der Zusammenarbeit mit internationalen Kollegen und multilateralen Organisationen und der weiten Verbreitung ihrer Forschungsergebnisse und Erkenntnisse im Bereich der öffentlichen Gesundheit" vorgenommen worden. Zur Rolle der Ukraine heißt es:

"Die Ukraine hat sich zu einem Vorreiter in Sachen Transparenz und Förderung von Nichtverbreitungs- und globalen Gesundheitssicherheitsnormen entwickelt."

Abschließend heißt es in diesem Unterkapitel:

"Diese Hilfe hat die Bereitschaft und die Reaktionsfähigkeit der Ukraine bei der Erkennung und Meldung von Krankheitsausbrüchen, einschließlich COVID-19, direkt und messbar verbessert und neben vielen anderen Vorteilen, die sich aus dieser Partnerschaft ergeben haben, zum Schutz der Lebensmittelversorgung beigetragen."

Das Folgekapitel trägt den Titel "Ukraine hat kein Chemiewaffenprogramm". Das Pentagon-Papier betont in diesem Abschnitt, die USA hätten nach ihrer eigenen Wahrnehmung seit der Ratifizierung des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) im Jahr 1997 deutlich gemacht, dass sie "unter keinen Umständen chemische Waffen entwickeln, herstellen, anderweitig erwerben, lagern oder aufbewahren oder direkt oder indirekt an irgendjemanden weitergeben, chemische Waffen einsetzen, militärische Vorbereitungen für den Einsatz chemischer Waffen treffen oder irgendjemanden in irgendeiner Weise zu einer Tätigkeit ermutigen oder verleiten werden, die einem Vertragsstaat des CWÜ verboten ist". So lautet zumindest wortwörtliche die Darlegung dazu in der Veröffentlichung.

Zu den "Errungenschaften dieser Zusammenarbeit in der ehemaligen Sowjetunion" gehöre nach Einschätzung im Pentagon die Tatsache, dass die "Verpflichtung Tausender ehemaliger russischer Biowaffenforscher zur Durchführung friedlicher biologischer Forschungsprojekte" unter Berücksichtigung der "vollen Zustimmung der russischen Regierung" erfolgt wäre. Im Anschluss erfolgt in Klammern die Ergänzung:

"(Diese Art von Projekten ähnelte sehr den biologischen Forschungsprojekten, die Russland jetzt in anderen ehemaligen Sowjetländern kritisiert.)"

In dem gleichen Kapitel wird betont, dass "gemeinsame Anstrengungen der Vereinigten

Staaten und ihrer Partner, die mit Russland zusammenarbeiten", durch ihre Arbeit gesichert hätten, dass nach dem Jahre 1991 und entsprechenden Ereignissen auf dem Gebiet der sich auflösenden UdSSR "sowjetische Wissenschaftler mit waffenrelevantem Wissen" eine "dauerhafte zivile Beschäftigung" finden konnten, insbesondere gelang "die Unterstützung von Wissenschaftlern, um Anreize zu beseitigen, die Beschäftigung und Finanzierung durch Terroristen oder andere staatliche Akteure zu suchen oder zu akzeptieren".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a5a08f48fbef349643bedf.jpg>

Der Vier-Sterne-General Lloyd James Austin III ist seit Januar 2021 US-Verteidigungsminister (als Secretary of Defense führt er das US Department of Defense).

15:03(14:03) novorosinform.org: **Der Versuch der Streitkräfte der Ukraine, ein zweites Mariupol in Saporoschje zu arrangieren, wird scheitern – Experte**

Es ist jetzt unmöglich, in Saporoschje, Dnepropetrowsk oder Kriwoi Rog eine vergleichbare Gruppierung von Streitkräften der Ukraine zu schaffen, wie es in Mariupol gab, sagte der Militärexperte Alexej Leonkow.

Ein Versuch ukrainischer Kämpfer, sich in Saporoschje „einzuschließen“, werde scheitern, ist er sich sicher. Leonkow wies auf die begrenzte Professionalität derjenigen hin, die in dieser Stadt die Verteidigung halten werden, schreibt "Ukraine.ru".

Trotz der Tatsache, dass es Vertreter der Nationalen Bataillone und anderer im mittleren und obersten Kommando gebe, die Erfahrung mit Kämpfen im Donbass haben, hätten die Streitkräfte der Ukraine Schwierigkeiten mit Waffen und Ausrüstung. Dasselbe gelte für schwere Waffen, fügte der Experte hinzu.

Er erinnerte daran, dass die Kämpfer während der Verteidigung von Mariupol über mehr Ausrüstung und Personal verfügten als jetzt. Derzeit seien die ukrainischen Truppen nicht in der Lage, eine Militärgruppe dieses Niveaus in Saporoschje zu organisieren.



https://novorosinform.org/content/images/65/28/46528_720x405.jpg

15:10 (14:10) novorosinform.oeg: **Abteilungsleiter des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine eröffnete das Feuer in Kiew**

Der Leiter einer der Abteilungen des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine eröffnete das Feuer im Hof eines Kiewer Wohnkomplexes.

Das Militär wurde vom Dienst suspendiert, es gibt einen Prozess. Dies teilte der Verteidigungsminister der Ukraine Alexej Resnikow mit.

„Auf meine Anordnung wurde eine offizielle Untersuchung eingeleitet, um alle Umstände des Vorfalls zu klären“, schrieb er in dem sozialen Netzwerk.

Reznikov stellte fest, dass diese Tat die Eröffnung eines Strafverfahrens zur Folge habe. Der ukrainische Minister betonte, dass die Schießerei in Anwesenheit von Kindern stattgefunden habe, deren Leben und Gesundheit irreparabel geschädigt worden sein könnten.



https://novorosinform.org/content/images/65/29/46529_720x405.jpg

14:18 de.er.com: **Ukrainischer Vizeaußenminister: Kiew führt Getreide über Polen und Rumänien aus**

Der ukrainische Vizeaußenminister Dmitri Senik hat am Sonntag im Gespräch mit der Nachrichtenagentur Reuters erklärt, sein Land habe zwei Exportrouten für Getreide über Polen und Rumänien eingerichtet. Die Regierung in Kiew führe zudem Gespräche mit den baltischen Staaten, um dort eine dritte Route für Nahrungsmittelexporte zu eröffnen. Der hochrangige Diplomat gab jedoch keine Einzelheiten an – etwa wie viel Getreide auf diesem Weg bereits ausgeführt wurde oder künftig ausgeführt werden soll. Gleichzeitig räumte Senik am Rande des 19. Shangri-La-Dialogs in Singapur gewisse Probleme ein:

"Diese Routen sind nicht perfekt, weil auf ihnen gewisse Flaschenhälse entstehen. Wir geben aber unser Bestes, um sie im Laufe der Zeit weiterzuentwickeln."

Die ukrainische Eisenbahn habe beispielsweise eine andere Schienenbreite, sodass man die Ladungen an der Grenze auf andere Züge verladen müsse. Allerdings fehle es dort an ausreichenden Umlade- oder Lagerkapazitäten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a5d733b480cc544a578c62.jpg>

Panzersperren – sogenannte Tschecenigel – auf einem Weizenfeld in der Nähe der ukrainischen Stadt Nikolajew, 11. Juni 2022

15:27 de.rt.com: **Putin gratuliert zum Tag Russlands: "Wertvolle Rolle in der Welt"**

"Wir sind stolz auf die militärischen Erfolge unserer Vorfahren, auf alle, die vorangingen, Neues entdeckten und den Fortschritt unseres Landes anstrebten. Sie verteidigten das Mutterland in Kämpfen. Und sie verankerten die wertvolle Rolle Russlands in der Welt." Mit diesen Worten gratulierte der russische Präsident Wladimir Putin in seiner Ansprache zum heutigen Tag Russlands den Bürgern seines Landes.



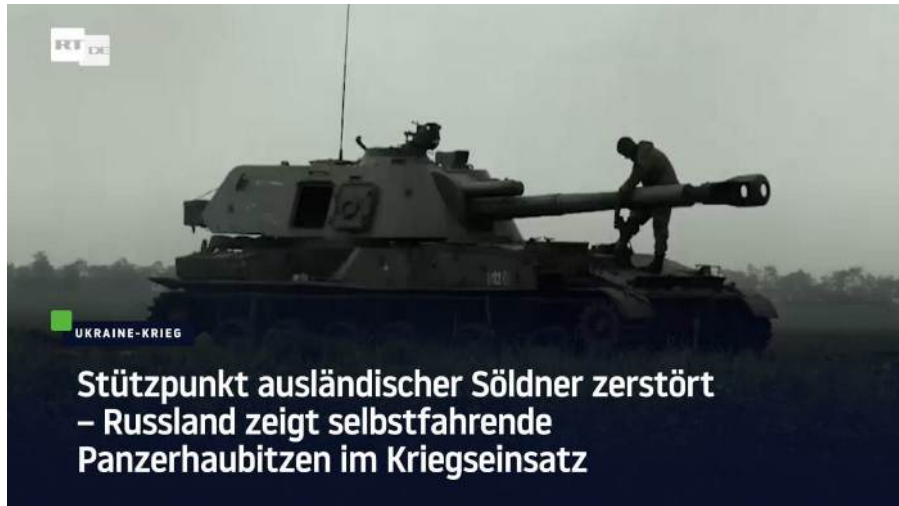
<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a5eb8848fbef3916030c4d.jpg>

16:28 de.rt.com: **Stützpunkt ausländischer Söldner zerstört – Russland zeigt selbstfahrende Panzerhaubitzen im Kriegseinsatz**

Am Samstag [veröffentlichte](#) das russische Verteidigungsministerium Bilder von Panzerhaubitzen des Typs Akazija im Einsatz. Die Akazija-Panzerartillerie soll

Zielkoordinaten von einem unbemannten Luftfahrzeug erhalten haben, woraufhin sie Stellung eingenommen und die Ziele angegriffen haben.

Igor Konaschenkow, der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, erklärte, dass "in der Gegend von Andejewka in der Region Charkow hochpräzise Luftabwehrraketen einen Stützpunkt ausländischer Söldner zerstört" haben. Er gab auch mehrere weitere Verluste für die Ukraine an.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a5f82d48fbef4521144917.jpg>

16:36 de.rt.com: **Polnischer Ex-Außenminister und EU-Parlamentarier Sikorski: "Der Westen hat das Recht, der Ukraine Atomwaffen zu geben"**

Der Westen könnte der Ukraine Atomwaffen zur Verteidigung gegen Russland liefern, sagte Radoslaw Sikorski, Mitglied des Europäischen Parlaments und ehemaliger polnischer Außenminister. Sikorski sagte am Samstag gegenüber dem ukrainischen Sender Espresso TV: "Der Westen hat das Recht, der Ukraine Atomsprengköpfe zu geben, damit sie ihre Unabhängigkeit schützen kann."

Sikorski, der zwischen 2007 und 2014 als polnischer Außenminister fungierte, behauptet, dass Russland das Budapester Memorandum verletzt habe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a5fd0648fbef349643bf26.jpg>

Radoslaw Sikorski, Mitglied des EU-Parlaments

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 12. Juni 2022

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In 26 befreiten Ortschaften wurden **Renten- und Sozialzahlungen** durchgeführt.

In Wolnowacha wurden Arbeiten zur Wiederinbetriebnahme der Stromversorgung von Kommunikationsobjekten durchgeführt.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich 1949 Menschen.

An den Eisenbahnstationen Mariupol und Mariupol-Hafen wurden Arbeiten zur Reparatur von Eisenbahngleisen durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 10 Hektar Territorium und 1500 Quadratmeter Gebäude untersucht und 287 explosive Objekte entschärft.**

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben in Mariupol, Krasnyj Liman und Wolodarskoje 6565 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Sehr geehrte Einwohner der Donezker Volksrepublik!

Im Zusammenhang mit der starken Verschärfung der militärischen Situation, mit zunehmenden Beschüssen von Ortschaften der Donezker Volksrepublik wurde, um Leben und Gesundheit der Bürger zu schützen, auf dem Gebiet der DVR ein System zur Benachrichtigung der Bevölkerung mit Elektrosystemen in Betrieb genommen.

Wenn die Sirenen ertönen, müssen sie in die Schutzräume gehen oder einen sicheren Ort aufsuchen.

Seien Sie aufmerksam! Gefährden Sie nicht Ihr Leben!

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministeriums der DVR zu wenden.

17:45 de.rt.com: **Terroranschlag: Zwei Menschen bei Explosion in der Nähe des Innenministeriums in Melitopol am Russland-Tag verletzt**

Bei einer Explosion in der Nähe des Gebäudes des Innenministeriums in Melitopol wurden zwei Menschen verletzt, wie Alexey Selivanov, stellvertretender Leiter der örtlichen Abteilung des Innenministeriums, am Sonntag auf Telegram mitteilte. Er schrieb konkret: "Ein Terroranschlag in Melitopol am Russland-Tag. Ein Sprengsatz wurde in einem Mülleimer in der Nähe des Gebäudes des Innenministeriums platziert. [...] Alle Angestellten und Militärs sind am Leben."

Er betonte aber, dass zwei Zivilisten, ein Mann und eine Frau, verletzt wurden. Die Frau wurde in ein Krankenhaus gebracht, sagte er. Der Mann erlitt Wunden am Rücken.

abends:

18:13 de.rt.com: **Bürgermeister von Donezk: Zivilist bei Beschuss der Stadt getötet**

Der Bürgermeister von Donezk, Alexei Kulemzin, sagte am Sonntag, dass ein Zivilist bei einem Beschuss des Kirowski-Viertels der Stadt getötet worden sei.

"Ein 50-jähriger Mann wurde in der Nähe des Gebäudes Nr. 439 in der Kirowa-Straße getötet", erklärte er auf Telegram.

Außerdem teilte das Hauptquartier der territorialen Verteidigung der Volksrepublik Donezk (DVR) mit, dass fünf Menschen verwundet worden seien und medizinisch versorgt würden. Dieser Stadtteil Kirowski in Donezk ist am Sonntag bislang dreimal unter Beschuss geraten. Das Büro der DVR im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des

Waffenstillstands gab an, dass mindestens 12 Geschosse aus Kanonenartillerie und Mörsern auf die Hauptstadt abgefeuert wurden.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 12.06.22

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 130 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ ,152mm-, 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **6 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Dabei wurde ein Zivilist verletzt. 9 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Am heutigen Tag wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Haubitzen D-30, 3 Lastwagen und mehr als 20 Mann Mann. Drei Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Marjinka wurden unterdrückt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 7 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:42 de.rt.com: **"Geradezu wahnsinnig": Moskaus Antwort auf die westliche Idee, Atomwaffen in die Ukraine zu schicken**

Die Idee, der Ukraine inmitten des andauernden Konflikts zwischen Kiew und Moskau Atomwaffen zu liefern, laufe darauf hinaus, einen "nuklearen Konflikt im Zentrum Europas" zu provozieren und sei geradezu wahnsinnig, sagte der Sprecher der russischen Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, am Sonntag.

Der Beamte reagierte damit auf die Äußerungen des polnischen Europaabgeordneten und ehemaligen Außenministers Radosław Sikorski. Dieser hatte erklärt, der Westen habe "das Recht", dies zu tun.

"Mit solchen Abgeordneten werden die Europäer noch viel schlimmere Probleme haben als die, mit denen sie heute schon konfrontiert sind – Flüchtlinge, Rekordinflation, Energiekrise", sagte Wolodin in einem Beitrag in den sozialen Medien.

19:14 de.rt.com: **Polen baut Grenzzaun zu Weißrussland aus – Millionen Einreisende aus Ukraine durften aber ins Land**

Kann das eine einheitliche Migrationspolitik sein? Während Polen den Grenzschutz in Richtung Weißrussland erheblich steigert – mit einem hohen Zaun und elektronischen Barrieren – steht seine Grenze für einreisende Ukrainer quasi offen. Am Samstag wurden 14 Menschen aus Weißrussland an der Einreise gehindert. Am selben Tag überquerten fast 29.000 Ukrainer die polnische Grenze.

Polen hat nach Angaben des Grenzschutzes bislang 140 Kilometer seiner Grenze zu Weißrussland mit einem hohen Zaun befestigt. In den kommenden Tagen werde mit der Installation einer elektronischen Barriere begonnen, teilte die Behörde am Sonntag mit. Ein auf Twitter vom Grenzschutz veröffentlichtes Video zeigte einen hohen Zaun aus Metallelementen, vor dem auf einem breiten Sandstreifen Geländewagen Patrouille fahren. Die polnisch-weißrussische Grenze ist 418 Kilometer lang, davon verlaufen 186 Kilometer

über Land, der Rest durch Seen und Flüsse. Im vergangenen Spätsommer und Herbst war die Situation dort eskaliert: Tausende von Menschen versuchten, illegal in die EU zu gelangen. Damals beschuldigte die Europäische Union den weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, in organisierter Form Migranten aus Krisenregionen an die EU-Außengrenze zu bringen, um Druck auf den Westen auszuüben. Nachgewiesen wurden diese Anschuldigungen bislang aber nicht.

Mit den wärmeren Temperaturen ist zuletzt die Zahl der versuchten illegalen Grenzüberquerungen erneut gestiegen. Am Samstag probierten nach Angaben der Grenzschützer 14 Menschen, von Weißrussland aus nach Polen zu gelangen.

Auf den Landabschnitten der Grenze hatten Soldaten bereits Ende August 2021 einen provisorischen Zaun errichtet. Dieser wird seit Ende Januar durch einen Zaun von 5,5 Metern Höhe ersetzt, der mit Bewegungsmeldern und Kameras ausgerüstet ist. Für das Projekt ist ein Budget von umgerechnet 366 Millionen Euro vorgesehen. Polen will die Arbeiten an den verbliebenen Abschnitten bis Ende Juni abschließen.

Zum 1. Juli sollen Beschränkungen aufgehoben werden, die bislang für einen drei Kilometer langen Streifen entlang der Grenze galten. Innenminister Mariusz Kamiński hatte das Gebiet zur Sperrzone erklärt, Ortsfremde und Helfer durften nicht hinein. Mit der Fertigstellung des Grenzzauns gebe es für die Einschränkungen keine Notwendigkeit mehr, teilte das Innenministerium vor kurzem mit.

Millionen Einreisen aus der Ukraine

Völlig anders reagiert Polen hingegen auf Einreisende aus der Ukraine. Seit dem Beginn der russischen Militäroperation hat der polnische Grenzschutz vier Millionen Einreisen aus der Ukraine registriert. Allein am 11. Juni kamen 24.900 Menschen über die Grenze nach Polen, wie die Behörden am Sonntag per Twitter mitteilten. In die umgekehrte Richtung überquerten an dem genannten Tag 28.000 Menschen die Grenze aus Polen in die Ukraine. Dabei handelte es sich nach Angaben der Behörden zum Großteil um ukrainische Staatsbürger.

Es gibt keine offiziellen Angaben, wie viele der Kriegsflüchtlinge in Polen geblieben und wie viele in andere EU-Staaten weitergereist sind. Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki sagte kürzlich, sein Land habe mehr als zwei Millionen Ukraine-Flüchtlinge aufgenommen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a5e6bdb480cc544a578c6c.png>

Der polnische Grenzzaun zu Weißrussland

19:30 de.rt.com: **Scholz: Zu lange auf Energielieferungen aus Russland verlassen**

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat Fehler beim Umgang mit der Energieversorgung aus Russland eingeräumt. "Wir haben uns zu lange und zu einseitig auf Energielieferungen aus

Russland verlassen. (...) Die alte Gleichung, dass Russland auch in Krisen ein verlässlicher Wirtschaftspartner ist, gilt nicht mehr", sagte Scholz am Sonntagabend in seiner Eröffnungsrede beim ostdeutschen Wirtschaftsforum in Bad Saarow. Deshalb sei das Ziel klar: Deutschland müsse unabhängig werden von russischen Energieimporten – "und zwar so schnell wie möglich, aber auch so sicher wie nötig", betonte der Kanzler. Dabei habe die Bundesregierung immer auch Ostdeutschland im Blick. Es gehe um Versorgungssicherheit und um Bezahlbarkeit von Energie. "Ein Öl-Embargo darf nicht zu massiven regionalen Preisunterschieden an den Zapfsäulen führen. Das ist für mich eine Frage der Solidarität. Die Kosten des Krieges tragen wir alle gemeinsam", bekräftigte er.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a620c148fbef4521144933.jpg>

Bundeskanzler Olaf Scholz zu Besuch in Sofia bei Bulgariens Premier Kiril Petkov, 1. Juni 2022